



Isabelle Lüthi
8200 Schaffhausen

An den Regierungsrat
des Kantons Schaffhausen
Regierungsgebäude
Beckenstube 7
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 29. Juni 2026

Kleine Anfrage 2026 / 26

Geschlechtsspezifische Gewalt im digitalen Raum

Sehr geehrte Regierung

Geschlechtsspezifische Gewalt wird online wie auch offline ausgeübt. Geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt im digitalen Raum ist nicht neu, aber die Nutzung Künstlicher Intelligenz verschärft das Problem massiv. Durch Künstliche Intelligenz können Deepfakes generiert und rasant weiterverbreitet werden. Gerade die Erstellung pornografischer Deepfakes (die den grössten Teil der Deepfakes ausmachen) betrifft in den allermeisten Fällen Frauen. Immer wieder sind auch Minderjährige betroffen. Dazu kommt: Mit der Veröffentlichung pornografischer Deepfakes geht häufig auch die Veröffentlichung von persönlichen Informationen wie die Mailadresse oder der Wohnort einher.

Bei den Betroffenen führt dies zu einer massiven psychischen Belastung, zu Ohnmacht und möglicherweise zu Angstzuständen oder einem Rückzug aus dem öffentlichen Raum. Ganze Gruppen werden so aus dem digitalen Raum verdrängt, was für unsere Demokratie schädlich ist.

Strafverfolgung, Opferschutz und Gleichstellungsarbeit stellt diese Form der geschlechtsspezifischen digitalen Gewalt vor neue Herausforderungen. Aktuelle Analysen zeigen, dass bestehende strafrechtliche Bestimmungen je nach Fall zwar grundsätzlich

anwendbar sind, in der Praxis jedoch oft zu langsam, zu komplex oder zu wenig wirksam greifen¹.

Nebst der massiven psychischen Belastung sind Betroffene also häufig mit rascher Verbreitung, unklaren Zuständigkeiten und fehlender Unterstützung konfrontiert.

Auf nationaler Ebene braucht es eine konsequente Regulierung von Plattformen und deren Haftbarkeit. Es wird aber deutlich, dass solche regulatorischen Fortschritte gegenüber Plattformen politisch umstritten bleiben, wie etwa die Diskussion um das Plattformgesetz im Beitrag der Republik zeigt.²

Umso wichtiger ist es, dass Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeiten handlungsfähig bleiben und bestehende Instrumente weiterentwickeln.

Vor diesem Hintergrund stellen sich verschiedene Fragen, inwiefern der Kanton Schaffhausen für die Herausforderungen gewappnet ist, wie er Betroffene unterstützen kann, wie bestehende Strukturen auf digitale Gewalt ausgeweitet werden können und wo noch Handlungsbedarf besteht.

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Situation bezüglich digitaler Gewalt (insbesondere Deepfakes) im Kanton Schaffhausen? Gibt es Zahlen, die belegen, dass Gewalt im digitalen Raum (insbesondere Deepfakes) zugenommen hat? Und welche Daten liegen vor, etwa hinsichtlich der Häufigkeit oder des Alters und des Geschlechts der betroffenen Personen?
2. Gibt es strukturelle, rechtliche oder technische Herausforderungen, welche die Ermittlungen im Bereich digitaler Gewalt erschweren? Und falls ja, sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, wie diese kantonale behoben werden können?
3. Welche Stellen bieten Betroffenen derzeit Unterstützung an und wie viele Personen haben diese Angebote in den letzten drei Jahren genutzt? Sind Erweiterungen oder neue Angebote geplant?
4. Inwiefern können bestehende kantonale Instrumente und Massnahmen - insbesondere im Bereich sexualisierter Gewalt sowie im Umgang mit Kinderpornografie - ausgeweitet oder angepasst werden?
5. Welche Präventionsinhalte zur Verhinderung von digitaler geschlechtsspezifischer Gewalt werden im Kanton flächendeckend an den Schulen vermittelt? Und wie wird sichergestellt, dass allen Kindern und Jugendlichen im Laufe der obligatorischen Schulzeit ausreichend und professionell Gewaltprävention im Bereich digitale Gewalt vermittelt wurde?
6. Wie informiert der Kanton Schaffhausen die Bevölkerung über Gewalt im digitalen Raum und die Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren, wenn man betroffen ist? Beurteilt der Regierungsrat diese Massnahmen als genügend oder sind weitere Massnahmen geplant?

¹<https://www.srf.ch/news/schweiz/schweizerinnen-betroffen-deepfake-pornos-wo-das-schweizer-recht-greift-und-wo-nicht>

² <https://www.republik.ch/2026/01/20/wie-bundesrat-roesti-das-neue-plattformgesetz-verwaesserte>

7. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, verstärkt mit anderen Kantonen und dem Bund zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel, Plattformbetreiber stärker in die Pflicht zu nehmen?
8. Gibt es im Kanton Schaffhausen eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung und Verhinderung von geschlechtsspezifischer Gewalt im digitalen Raum? Falls nein, ist eine solche geplant?

Vielen Dank für die Beantwortung dieser Fragen.

Freundliche Grüsse

Isabelle Lüthi

